

Semperoper-Camp löst Streit aus

Die Protestcamper auf dem Theaterplatz schaden den Interessen aller Flüchtlinge, sagt die Chefin des Ausländerrats.

04.03.2015 Von Tobias Wolf

Bild 1 von 2



Tag fünf der Theaterplatzproteste: Flüchtlinge und ihre Unterstützer fordern für Asylbewerber die gleichen Rechte, wie sie Deutsche haben.

© Tobias Wolf

Es sieht für einen Moment so aus, als gäbe es lautstarken Streit. Mitglieder der Initiative „Refugees Struggle Dresden“ wollen Vertretern des Ausländerrats und des Ausländerbeirates der Stadt ihre Pressekonferenz nicht kampflos überlassen. Die sind gekommen, um ihrerseits gegen die einstigen Camper vom Theaterplatz zu protestieren, die bis Dienstag ihre Zelte vor der Semperoper aufgeschlagen hatten. Die Demo ist inzwischen deutlich kleiner geworden. „Etwa 50 Leute, inklusive Kinder, Hunde und Fahrräder“, hatte ein Polizist den Aufzug kommentiert, den er kurz zuvor über die Augustusbrücke begleitet hatte. „Mit der Aktion vor der Semperoper schadet ihr doch den Interessen aller Flüchtlinge“, ruft ein verärgertes junger Mann. Es gibt Widerworte, doch man einigt sich schnell. Keiner will offenen Streit vor den versammelten Medienvertretern provozieren.

Hungerstreik vorerst abgesagt

Die wichtigste Nachricht der Theaterplatz-Camper ist, dass der am Dienstag angekündigte Hungerstreik erst einmal abgeblasen ist. Bis zum Nachmittag hätten die Flüchtlinge einige Gesprächsangebote von Politikern der Linken, der Grünen und der Sozialdemokraten erhalten, sagt einer der vielen Sprecher der Initiative. So soll es am Freitag ein Treffen mit Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) geben.

Ansonsten steht vor allem die junge Iranerin, die sich Baharak nennt und in Chemnitz lebt, wieder im Mittelpunkt. Sie wiederholt die Forderungen der Flüchtlinge nach gleichen Rechten wie sie alle deutschen Bürger genießen. Das sei nicht unmöglich, sondern scheitere bislang am mangelnden politischen Interesse. Parteien und Verbände fordert sie auf, sich zu bekennen, ob sie zu den Flüchtlingen halten. Für Politiker, die Pegida Gesprächsangebote gemacht haben, stehe die Tür zur Diskussion auf dem Theaterplatz ebenfalls offen, sagt Baharak mit Blick auf Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU). Dieser hatte für sein Treffen mit Pegida-Vertretern massive Kritik einstecken müssen.

Dann ist In Am Sayad Mahmood dran, die Vorsitzende des Ausländerrats Dresden. Die gebürtige Irakerin weiß um die Nöte der Flüchtlinge in Dresden, sagt sie. Vor über 18 Jahren war sie selber mit ihrer Familie aus der Heimat geflohen, weil ihr Ehemann politisch verfolgt wurde. „Solche Aktionen können nicht zum Vorteil von Asylbewerbern sein“, sagt sie. „Ich appelliere an alle, zu überdenken, ob dies wirklich etwas bringt.“ In Dresden gebe es schon sehr viele Verbesserungen. So gebe es inzwischen eine verbesserte Betreuungsquote. Nun steht für 100 Flüchtlinge ein Sozialarbeiter zur Verfügung. Im vergangenen Jahr waren es noch 200. Auch in die neue Staatsregierung setze sie größere Hoffnungen als noch in die alte, vor allem in Integrationsministerin Köpping. Es gebe eine gute Zusammenarbeit zwischen Ausländerrat, Stadt und Regierung. Sie freue sich darüber, dass es hierzulande ein Recht auf Meinungsäußerung und Demonstrationen gebe, sagt Mahmood. „Das sollte man aber nicht ausnutzen.“

Victor Vincze ist Chef des städtischen Ausländerbeirates. Auch er sieht die Protestcamper und ihre Forderungen kritisch. „Wir haben Sorge, dass Flüchtlinge dadurch in ein schlechtes Licht gerückt werden.“ Das Verhältnis zwischen den Demonstranten vom Theaterplatz und den Vertretern der Dresdner Ausländerorganisationen bleibt unterkühlt. Aber nur bis zum Abend. Gegen eine Kundgebung der rechtsextremen NPD mit etwa 40 Teilnehmern auf dem Schloßplatz stehen sie trotz der Differenzen zusammen. Aus dem Häuflein vom Nachmittag sind inzwischen 250 Demonstranten geworden, die lautstark protestieren, als ein NPD-Stadtrat die islamkritische Pegida-Bewegung lobt. Rund 400 Polizisten trennen die beiden Lager, wie Polizeisprecherin Jana Ulbricht später mitteilt. Augustusbrücke und Sophienstraße mussten für die Demonstrationen gesperrt werden.